

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1921

6.6.1921 (No. 128)

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Expedition:
Karlsruher-
Straße Nr. 14
Fernsprecher:
Nr. 953
und 954
Postcheckkonto
Karlsruhe
Nr. 3515.

Verantwortlich:
Hauptredak-
teur
C. U n d.
Druck
und Verlag:
S. Braunsche
Hofbuch-
druckerei, beide
in Karlsruhe.

Bezugspreis: In Karlsruhe und auswärts frei ins Haus geliefert vierteljährlich 18.40 M.; — Einzelnummer 25 P. — Anzeigengebühr: die Tausendspaltenzeitung oder deren Raum 90 P. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifmäßiger Rabatt, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Bei Abrechnung, Abrechnung und Kontoführung fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betriebe oder in denen unserer Lieferanten hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gebühr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Kaufbriefe werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Begehung übernommen.

Amtlicher Teil.

Zuschüsse zu Flachbauten.

Bei der Behandlung der Frage der Errichtung von Hochhäusern (Wohnkassen) in der Presse scheint die Nachricht, daß die maßgebenden Regierungsstellen unter gewissen Voraussetzungen der Errichtung solcher Gebäude keine Schwierigkeiten in den Weg legen wollen, in verschiedenen Kreisen zur Ansicht geführt zu haben, daß nun auch eine Lösung der Wohnungsfrage durch die Errichtung von Hochhäusern geplant sei. Es besteht daher Veranlassung darauf hinzuweisen, daß eine derartige Lösung den bisher bei der Beschaffung neuer Wohnungen verfolgten Grundrissen zuwiderlaufen würde, und daß eine Änderung dieser Grundrisse nicht geplant ist. Insbesondere gelten für die Gewährung von Zuschüssen aus öffentlichen Mitteln für Wohnungsbauten nach wie vor die bisherigen Grundrisse, nach denen in erster Linie Flachbauten berücksichtigt und dreigeschossige Mehrfamilienhäuser nur innerhalb der Städte oder Landgemeinden mit städtischer Entwicklung Zuschüsse erhalten sollen. Die Gewährung von Zuschüssen für Bauten mit mehr als 3 Geschossen soll aber im allgemeinen nur zur Ausfüllung von Baulücken erfolgen.

Höchstpreise für Kleinbrote.

Der Badische Bäcker-Innungsverband ist beim Ministerium des Innern wegen des für die Tafelbrotchen festgesetzten Preises von höchstens 30 Pfennig mit der Begründung vorstellig geworden, daß in denjenigen Kommunalverbänden, welche besonders hohe Mehlpreise und Lohnsätze haben, der Preis von 30 Pfennig für das 100-Gramm-Brotchen den Bäckern, wenn überhaupt, so nur einen ganz geringen Verdienst ermöglicht. Nach eingehender Prüfung der Angelegenheit hat das Ministerium angeordnet, daß der Preis für das 100-Gramm-Brotchen auf höchstens 35 Pfennig dann festgesetzt werden kann, wenn in einem Kommunalverband der nach den Erlassen vom 31. März und 30. Dezember 1919, vom 27. April und 28. September 1920 unter Berücksichtigung der Lohn- und Mehlpreiserhöhung errechnete Preis für das Großbrot von 1500 Gramm 4 Mark oder mehr beträgt.

* Annahme des Vertrauensvotums.

Noch bis zum Nachmittag des letzten Samstags sah es so aus, als ob man sich im Parlament damit begnügen müßte, der Reichsregierung durch Ablehnung eines Mißtrauensvotums ein mittelbares Vertrauensvotum auszusprechen. Die bekannte Erklärung des Führers der Deutschdemokratischen Partei, Senators Dr. Petersen, hatte eine derartig fröhliche Stimmung erzeugt, daß es fraglich erschien, ob die Reichsregierung in diesem Augenblick eine ansehnliche Mehrheit für ein positiv gefaßtes Vertrauensvotum bekommen würde.

Erst in letzter Stunde hat sich die Situation geändert, und zwar geschah das unter dem Einfluß von drei bedeutsamen Faktoren. Zunächst war es der Reichskanzler selbst, der im Hinblick auf die außenpolitische Wirkung (namentlich in Paris) ein positives Vertrauensvotum forderte. Zweitens gab die Deutsche Volkspartei zu verstehen, daß sie unter Umständen für das Mißtrauensvotum stimmen werde, wenn man ihr nicht Gelegenheit gebe, bei der Abstimmung über ein regelrechtes Vertrauensvotum ihre Stellung zum Kabinett Wirth klarer zu umschreiben. Und schließlich ließ die Deutschdemokratische Fraktion erkennen, daß sie bei aller grundsätzlichen Zustimmung zu der von Petersen ausgesprochenen Meinung, daß die Regierungsbasis verbreitert werden müsse, doch keineswegs daran denke, jetzt mit dem Gedanken einer Krise oder einer Reichstagsauflösung zu spielen. Sicherlich hat diese nachträgliche Interpretation außerordentlich beruhigend gewirkt und den Entschluß, ein positives Vertrauensvotum zu fordern, erleichtert.

Die Abstimmung erfolgte in der Weise, daß man das Vertrauensvotum in zwei Teile zerlegte. Der entscheidende erste Teil, in welchem sich das Parlament damit einverstanden erklärte, daß die Regierung alles daran setze, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen, wurde mit 213

gegen 77 Stimmen der „Deutschnationalen“ und Kommunisten bei 48 Stimmenthaltungen der Deutschen Volkspartei angenommen. Der zweite Teil, in welchem die Erklärung der Reichsregierung über Oberschlesien gebilligt wird, wurde mit den Stimmen der drei Regierungsparteien und der Deutschen Volkspartei gegen die Stimmen der „Deutschnationalen“, Unabhängigen und Kommunisten angenommen.

Vorher war das kommunistische Mißtrauensvotum gegen die Stimmen der Kommunisten, und das Mißtrauensvotum der „Deutschnationalen“ in namentlicher Abstimmung mit 261 Stimmen gegen die 77 Stimmen der „Deutschnationalen“ und Kommunisten abgelehnt worden. Es haben also bei dieser Abstimmung die Mitglieder der deutschvolksparteilichen Fraktion geschlossen gegen die „Deutschnationalen“ gestimmt.

Der ganze Vorgang ist für die parlamentarische Situation kennzeichnend. Wir haben ja von vornherein den Standpunkt vertreten, daß wenn es durchaus nicht gelingen will, eine offizielle Vertretung der Regierungsbasis zu erreichen, die Reichsregierung noch immer die Möglichkeit hat, mit wechselnden Majoritäten zu arbeiten.

Es werden eben in dem einen Falle die Unabhängigen, im anderen Falle die Deutsche Volkspartei für die Reichsregierung stimmen. Genügen würde ja auch schon die bloße Stimmenthaltung einer dieser Parteien. Dabei ist allerdings der Voraussetzung auszugehen, daß die Bayerische Volkspartei für die Reichsregierung eintritt. Und das ist ja auch diesmal geschehen. Das eigentlich entscheidende Vertrauensvotum für die Reichsregierung ist mit den Stimmen des Zentrums, der Sozialdemokratie, der Deutschdemokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Unabhängigen angenommen worden. Die Mehrheit, die sich dabei ergab, ist durchaus genügend.

Da sich noch in letzter Stunde die Möglichkeit der Annahme eines positiven Vertrauensvotums ergeben hat, war es klug, dieser Möglichkeit nachzugehen. Und der Eindruck im Auslande scheint diese Auffassung noch ausdrücklich zu bekräftigen. Wenn wir am Samstag die Anschauung vertreten haben, daß man sich schließlich auch mit der Ablehnung eines Mißtrauensvotums begnügen könne, so geschah das eben aus der Erwägung heraus, daß die Situation durch die Erklärung Dr. Petersens verschoben war, und daß es jetzt vor allem darauf ankommen müsse, eine akute Krise bzw. den Sturz der Reichsregierung auf jeden Fall zu vermeiden.

Im übrigen bleiben wir dabei, daß die Frage der Mehrheitsbildung praktisch überhaupt erst dann entschieden werden kann, wenn die Gesegentwürfe und Vorschläge der Reichsregierung vorliegen. Vielleicht wird aber auch dann sich das Spiel vom letzten Samstag wiederholen, nämlich, daß die Reichsregierung mit wechselnden Majoritäten ihre Gesegentwürfe unter Dach und Fach bringt. Am besten wäre es freilich — wir betonen dies immer wieder —, wenn es möglich wäre, jetzt schon eine große, tragfähige Mehrheit zu schaffen, die gewillt ist, die Reichsregierung bei der Durchführung ihres Programms im einzelnen zu unterstützen.

Das Vertrauensvotum für die Regierung.

Im Reichstag wurde am Samstag, nachdem Präsident Hesse mitgeteilt hatte, daß es den vereinigten Bemühungen der Regierung und des Reichstags gelungen sei, den von den Korffamilien festgenommenen Abg. Dr. Hartmann freizusetzen. Das deutschbritische Abkommen über die Entschädigung deutscher Gläubiger bei der Rückgabe deutschen Eigentums in allen drei Lesungen debattelos angenommen und der Gesegentwurf über die Verlängerung der Geltungsdauer des Kapitalfluchtgesetzes bis zum 30. Juni 1922 dem Reichsausschuß überwiesen.

Zur Aussprache über die Regierungserklärung hatten die Kommunisten einen Antrag eingebracht, in dem der arbeitgeberfeindlichen Regierung tiefstes Mißtrauen ausgedrückt und „schärfster Kampf“ angekündigt wird. Die Deutschnationalen beantragten Abstimmung über das Mißtrauensvotum. Die Unabhängigen deklarierten ihren Antrag auf Aufhebung der Sondergerichte auch auf die württembergischen Sondergerichte aus. Abg. Böhm (D. Sp.) erklärte, seine Freunde

würden der Regierung mit wohlwollender Neutralität gegenüberstehen.

Abg. v. Gräfe (D. N.) griff die Regierung in heftigster Weise an und erklärte u. a.: Wir verlassen unser Vertrauen einer Regierung, die nur die Unterzeichnung des Ultimatums ermöglicht hat. Gegen eine solche gibt es nur Kampf und wieder Kampf.

Abg. Müller-Franken (Soz.) bezeichnet die Rede Gräfes als den Gipfel der Schamlosigkeit und bemerkt mit Bezug auf eine Äußerung Gräfes über die angebliche Vorkerschaft des Judentums im Kabinett: Zur Judenfrage genüge der Hinweis auf den Brief des deutsch-nationalen Parteivorstehenden Herst, in dem er sagt: Die jüdischen Parteimitglieder sollten größere Opferwilligkeit zeigen. (Hört! links.) Wenn der ganze Mühlengang aufgebaut wird, so gibt es sicher keinen Juden, der frecher auftritt, als Herr von Gräfe heute mit seiner Rede. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Weiterhin erklärte der Redner: Die Selbstschutzzorganisationen müssen schleunigst aufgehoben werden, sonst könnte das Proletariat auf die Idee kommen, ähnliche Organisationen zu gründen. Ich bin einverstanden mit der viel angefochtenen Erklärung des Ministers Rathenau. Trotz der Rede des Abg. Petersen haben wir die Rede meines Freundes Wels nicht zu revidieren. Der Monarchismus ist ein Ideal von vorgestern. (Widerspruch rechts.) Dem Sozialismus gehört die Zukunft. An das Steuer gehören nur solche, die einen klaren Kurs haben. Darum können wir keine Mißtrauensregierung mit der Deutschen Volkspartei bilden, zu der wir kein Vertrauen haben.

Abg. Burlag (Str.) verlas unter wachsenden Entrüstungszuschüssen der Mehrheit Zeitungsausschnitte, die in der deutsch-nationalen und volksparteilichen Presse gegen die Regierungsparteien gerichtet worden sind und die er als schamlos und erbärmlich bezeichnet.

Abg. Crispian (L. S.) sagte den Rechtssozialisten für den Fall, daß sie auch jetzt, wo sie wieder in der Regierung seien, nichts tun würden, Gegnerschaft seiner Partei an. Ein Mittritt in die Regierung sei unmöglich, weil seine Partei nicht mit bürgerlichen Parteien zusammenarbeiten könne. Seine Partei werde die Regierung auch fernhin sachlich beurteilen, aber sie lasse sich nicht von Reaktionären als Vorspann benutzen, um diese Regierung zu stürzen, um der offenen Reaktion den Weg zu bahnen.

Abg. Dr. Kütz (Dem.): Es war durchaus richtig, daß die Regierungserklärung sich nur auf allgemeine Richtlinien beschränkte. Wie weit das Ultimatum erfüllbar ist, hängt von dem guten Willen der Parteien ab. Uns ist die gegenwärtige Basis der Regierung zu schmal, darum treten wir für eine Erweiterung ein. Mit Sanktionen, mit Wohlstand, auch mit dem Ausfuhrverbot, schaden unsere Gegner nur sich selbst. Die Probe für ihre Einsicht ist die Entscheidung über Oberschlesien.

Inzwischen ist folgender Antrag der Regierungsparteien unterzeichnet und von den Abgeordneten Müller-Franken (Soz.), Beder-Arnstberg (Zentr.) und Koch (Dem.) eingegangen:

Der Reichstag nimmt von der Erklärung der Reichsregierung Kenntnis. Er erklärt sich damit einverstanden, daß die Regierung alles daran setze, um die übernommenen Verpflichtungen gegenüber den Alliierten zu erfüllen. Der Reichstag billigt die Erklärung der Reichsregierung über Oberschlesien.

Damit schließt die Aussprache. Es folgen Erklärungen einzelner Parteien zur Abstimmung:

Abg. Dr. Stresemann (D. Sp.): Wir halten an unserer sachlichen Stellungnahme fest. Den Ausführungen des Reichskanzlers über Oberschlesien stimmen wir zu. Wir werden auch für diesen Satz des Antrags der Regierungsparteien stimmen. Beim ersten Abstimmen werden wir uns der Stimme enthalten. Das Mißtrauensvotum lehnen wir ab.

Abg. Crispian (Unabh.) erklärt, daß seine Partei für den ersten Teil des Antrages der Regierungsparteien stimmen wird, aber nicht für den Satz über Oberschlesien.

Abg. Schulz-Bromberg (D. Nall.) gibt die Erklärung ab, daß seine Partei den ganzen Antrag, also auch den Satz über Oberschlesien ablehnen werde, da sie zu dieser Regierung kein Vertrauen habe.

Nach persönlichen Bemerkungen folgt die Abstimmung.

Das kommunistische Mißtrauensvotum wird gegen die Stimmen der Kommunisten abgelehnt. Die Abstimmung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag ist namentlich. Der Antrag wird mit 261 gegen 77 Stimmen der Deutschnationalen und der Kommunisten abgelehnt.

Der Antrag der Regierungsparteien wird darauf in seinem ersten Teil mit 213 gegen 77 Stimmen der Deutschnationalen und Kommunisten, bei 48 Stimmenthaltungen der Deutschen Volkspartei angenommen. In der einfachen Abstimmung wird darauf der Absatz über Oberschlesien gegen Deutschnationalen, Unabhängige und kommunistische Stimmen angenommen.

Die kommunistischen und unabhängigen Anträge auf Aufhebung der Sondergerichte und Aufhebung des Ausnahmezustandes wurden darauf abgelehnt.

Angenommen wurde der Antrag Müller-Franken (Soz.) auf Nachprüfung der Urteile der Sondergerichte unter dem Gesichtspunkte der Begnadigung. Dafür stimmten die beiden sozialistischen Gruppen und die Kommunisten und eine Minorität des Zentrums unter Führung des Reichskanzlers Wirth, der seinen Abgeordnetenentscheid eingenommen hat. (Lebhafte Applaus rechts.)

Das Haus vertagt sich darauf auf Dienstag, 14. Juni, 2 Uhr Tagesordnung: Anfragen.

Schluß 1/2 6 Uhr.

Mit einer Beilage: 41. öffentliche Sitzung über die Verhandlungen des Badischen Landtages.

Zur Frage der Vereinigung von Baden und Württemberg

schreibt der „Badische Beobachter“ in Fortsetzung seiner (von uns schon auszugsweise wiedergegebenen) Ausführungen unter obiger Überschrift u. a. nach folgendem:

„Geht man zu den Vorteilen und Nachteilen einer Vereinigung auf wirtschaftlichem Gebiete über, so fällt hier vornehmlich auf, daß in der jüngsten Agitation die wirtschaftlichen Gründe für einen Zusammenschluß bei weitem nicht mehr wie früher im Vordergrund der Propaganda stehen. Ob die Befürworter diese Gründe für so wichtig und überzeugend halten, daß sie nicht immer wieder von neuem ins Treffen geführt werden brauchen, oder ob man diesen Fragen vornehmlich aus dem Wege geht, weil die Gegner des Zusammenschlusses mit Recht darauf hinweisen, daß die gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen auch ohne jedes Übergreifen auf das politische Gebiet in dem in Frage stehenden süddeutschen Bezirkswirtschaftsrat wahrgenommen werden könnten, bleibt dahingestellt. Im allgemeinen weiß man in dieser Hinsicht zunächst auf die Vorteile hin, die Baden aus der Angliederung eines „reichen Hinterlandes“ längs seiner Ostgrenze ziehen würde. Auch würde die für das badische Wirtschaftsleben hochbedeutende Forstindustrie und die Schwarzwalddindustrie, die auf württembergische Arbeitskräfte angewiesen seien, durch die Vereinigung gewinnen. Führt man diese Gründe an, so erweist man unbeabsichtigt die Vorstellung, als ob die politischen Grenzen auf den wirtschaftlichen Verkehr hemmend einwirken würden. Tatsächlich liegen doch aber die Dinge so, daß der Wirtschaftsverkehr zwischen beiden Ländern, wo immer er besteht, sich unbeschadet durch die staatlichen Grenzen entwickeln kann und sich auch ohne alle Rücksicht auf die politischen Grenzen entwickelt hat. Das gilt für die Gestaltung der Ernährung, auf welchem Gebiet die absperrenden Kriegsmassnahmen mehr und mehr fallen, wie für den Ausgleich im Bedarf an Arbeitskräften. Das „reiche Hinterland“ ist somit bereits heute schon für die badische Volkswirtschaft gegeben. Von der Angliederung des württembergischen Hinterlandes durch die staatliche Vereinigung würde jedoch unser badisches Oberland so gut wie gar nichts profitieren, weil ihm ja jegliche leistungsfähige Verkehrsverbindung mit Württemberg fehlt. Da setzen nun die Anhänger des Zusammenschlusses ein und malen das schönste Zukunftsbild eines großzügigen Ausbaues der weitläufigen Verkehrswege aus, wenn erst einmal die vereinigten Länder mit größerer Energie als das kleine Baden sich dieser Frage annehmen. Vergessen wir doch nicht, daß die „Vereinheitlichung des Verkehrswesens“ durch die „Vereinheitlichung“ der Eisenbahnen bereits geschehen ist. Der staatliche Zusammenschluß wäre also auf diese Dinge ohne jeden Einfluß. Der Abg. Sed spielt nun auf gewisse Eifersüchteleien zwischen den beiden Generaldirektionen in Karlsruhe und Stuttgart an, von denen die eine „badisch“, die andere „württembergisch“ denke. Nehmen wir an, wir hätten nach der Vereinigung nur eine gemeinsame Generaldirektion. Glaubt Herr Sed tatsächlich, daß damit die Dinge so wesentlich anders würden? Wir hätten nur den einen Gewinn, daß diese Eifersüchteleien — übrigens nicht allein auf dem Gebiete der Eisenbahnen! — auf den Boden der Parität geleitet würden, d. h. des Kampfes um die paritätische Zusammenführung der Verwaltungsbehörden. Die Frage, ob diese Dinge, die jetzt unter der ausschlaggebenden Entscheidung des Reiches stehen, die Arbeit ersprießlich zu gestalten beitragen, beantwortet sich wohl von selbst.

Ganz ähnlich verhält es sich mit der Redaraktualisation, die ohne jede Einbuße bezüglich der „wirtschaftlichen Höchstleistung“ auf dem Wege der Vereinbarung zwischen den beiden Ländern durchgeführt werden kann. Was aber die Gewinnung elektr. Energie durch die Ausnutzung der Oberwasserkräfte angeht, so liegen die Dinge hier doch wohl so, daß in dieser Richtung gerade die Wünsche des „reichen Hinterlandes“ gehen. In Baden aber wird die erdrückende Mehrheit, vor allem auch der Sachverständigen, der Auffassung sein, daß die Leitung der Durchführung dieser für das härtere industrialisierte Baden hochwichtigen Aufgabe besser in badischen Händen bleibt, womit keinerlei engpartikularistischer Eigenwitz verbunden zu sein braucht.

Nun tritt neuerdings bei der Vereinigungspropaganda ein anderer Gesichtspunkt in den Vordergrund: erhebliche Ersparnisse durch die Zusammenlegung der Staatsverwaltung. Man weist mit großer Geistes darauf hin, daß durch den Zusammenschluß die hohen Ausgaben für zwei Landtage ein-

spart werden und außerdem eine Reihe von Ministerien in Wegfall kommen könnten; im übrigen könne damit auch die bekannte „Vereinfachung der Staatsverwaltung“ durchgeführt werden. Diese Argumente wirken im ersten Augenblick bestechend. Sieht man jedoch näher zu, so erheben sich sehr gewichtige Bedenken. Zunächst: Angenommen es sind Ersparnisse tatsächlich zu erreichen. Diese Ersparnisse würden unbestreitig auf eine Reihe von Jahren hinaus vollständig aufgebraucht werden durch die ungeheuren Kosten der Vereinheitlichung, sofern überhaupt eine Vereinheitlichung kommt. Die Befürworter des Zusammenschlusses mögen nur einmal an den Umfang der gewaltigen Arbeit denken, die eine Vereinheitlichung des sog. materiellen Rechts verursachen würde, ganz zu schweigen davon, daß diese wohl Jahre in Anspruch nehmende Arbeit jede Orientierungsmöglichkeit der Bevölkerung ausschließt und damit eine starke Beunruhigung hervorrufen müßte. Wenn in diesem Zusammenhang die Forderung nach Vereinfachung der Staatsverwaltung erhoben wird, so ist dem nicht mehr und nicht weniger Bedeutung zuzumessen, als den bisher zutage getretenen Bemühungen in der gleichen Richtung. So oft diese Forderung gestellt worden ist, haben sich alsbald soviel und so triftige Bedenken örtlicher Natur erhoben, daß der überwiegende Teil der entscheidenden Instanzen diese Bedenken nicht übergehen zu können glaubte. Angenommen, die Vereinfachung ließe sich nach der Vereinigung leichter und besser als jetzt durchführen, indem sie einbezogen würde in einen großen vereinheitlichenden Umgestaltungsprozeß der Bezirksverwaltung und der Rechtspflege, so hätten wir in unserer von außen her hinreichend beunruhigten Situation nicht nur unser Volk in absolut neue Verhältnisse einzugewöhnen, sondern würden für zahlreiche mittlere Städte schlechterdings die Existenzfrage stellen. Woran sind denn die bisherigen Vereinfachungsbestrebungen immer wieder gescheitert? Doch nur daran, daß die Bevölkerung dieses oder jenes Bezirks sich mit allen Mitteln gegen den Verlust ihres Bezirksamts, ihres Notariats, ihres Amtsgerichts usw. zur Wehr setzte. Und nun will man nicht nur die gesamte Grundlage der Verwaltung und Rechtspflege umgestalten, sondern auch noch die Bezirksstellen reduzieren! Das heißt doch in hohem Maße die Anschauungen und Empfindungen der Bevölkerung verformen.

Was eingespart werden kann, läßt sich ohne weiteres auch ohne den Zusammenschluß ersparen: Die Landtage können hien und da die Zahl der Abgeordneten verringern, die Hochschulen, auf die teilweise besonders abgehoben wird, können auch in den beiden Ländern die eine oder die andere Fakultät zusammenlegen, wie auch die Vereinfachung der Staatsverwaltung zweifellos besser in jedem Lande für sich durchführen sein wird, weil sich die Vereinfachung dann auf einem gewohnten und bewährten geschichtlichen Fundament vollziehen kann. Einsparen könnte man bei der Vereinigung lediglich eine kleine Anzahl von Spitzenstellen, wofür zweifellos gerade die Persönlichkeit in Frage käme, die bisher badische Interessen vertreten haben. Dafür müßten aber entsprechende Stellen mit geringerer Bezahlung geschaffen werden, was im Rahmen des Gesamtaufwands der Vereinigung kaum von Bedeutung wäre.

Nicht übersehen werden darf das Kapitel der Beamtenpolitik. Es ist zur Genüge bekannt, welche Schwierigkeiten dem Reich gegenüber bezüglich möglicher Unterbringung der badischen Beamten im Reichsdienst innerhalb der Landesgrenzen zu überwinden waren.

Dabei war von ausschlaggebender Bedeutung, daß Organe vorhanden waren, die Interessen der badischen Beamten wahrzunehmen. Diese Organe werden ebensowenig wie ein von ihnen wahrzunehmendes Referat im Falle der badisch-württembergischen Vereinigung nicht mehr vorhanden sein.

Daß die badische Landeshaupstadt etwa bei einer Vereinigung aus ihrer Stellung als kultureller Brennpunkt verdrängt werden könnte, hat bei der ganzen Erörterung, die sich nicht an einer engherzigen Kirchturnpolitik orientieren darf, nur eine sehr untergeordnete Rolle zu spielen. Entscheidend ist die völlige Verschiebung des kulturellen Aufbaus der beiden Länder: Stuttgart ist der unbestrittene Kulturmittelpunkt Württembergs. Von Karlsruhe läßt sich das nicht sagen, weil für Baden eine durchaus dezentralisierte kulturelle Entwicklung seit Jahrzehnten charakteristisch ist. Der badische Staat hat nur in Ausnahmefällen zentralistische Bestrebungen zugunsten der Landeshaupstadt zur Geltung kommen lassen, im übrigen aber der kulturellen Bedeutung Mannheims, vor allem

aber der beiden Universitätsstädte, weitgehende Rechnung getragen. Bei der Vereinheitlichung der beiden Länder ist nicht daran zu zweifeln, daß Württemberg dank seinem erheblichen Übergewicht seine kulturellen Tendenzen auf den badischen Teil des neuen Staates ausdehnen und dessen gesamtes kulturelles Leben in fortschreitender Zentralisation in der württembergischen Hauptstadt zusammenfassen wird. Ungleich schwerer als alle diese kulturellen Gründe und Gegenstände fallen die ersten Bedenken in die Waagschale, die hinsichtlich der schulpolitischen Entwicklung nach dem Zusammenschluß zu erheben sind und nicht nachdrücklich genug gründlicher Erwägung empfohlen werden können. Dieses Kapitel der Vereinigungsfrage muß einer eingehenden Behandlung vorbehalten bleiben.

Politische Neuigkeiten.

Der Reichskanzler über die österreichische Anschlussbewegung.

Der deutsche Reichskanzler hat ein Telegramm an den österreichischen Bundeskanzler gerichtet. Der „Voss. Ztg.“ wird darüber von unrichtiger Seite mitgeteilt: Legationsrat Hoff hatte am Montag dem Reichskanzler Dr. Bismarck einen Besuch abgestattet. Dies war ein Höflichkeitbesuch anlässlich des Reichskanzlerwechsels. Im Verlaufe des Gesprächs berührte Legationsrat Hoff auch die Frage des Anschlusses an Deutschland und die Abtötung in den einzelnen Kronländern. Legationsrat Hoff gab dem Reichskanzler darüber Aufschluß, daß die Abtötung angeht die Haltung der italienischen und jugoslawischen Regierungen und des energischen Schrittes, den ihre Vertreter in Wien beim Bundeskanzler unternahmen, sehr unangenehm sei. Es wäre wünschenswert, wenn von deutscher Seite darauf hingewiesen würde, daß die Abtötung in diesem Augenblick nicht ratsam sei. Der Reichskanzler erwiderte, wenn der österreichischen Regierung aus der Abtötung Schwierigkeiten erwachsen würden, so stimme er dem bei, daß es ratsam sei, die Abtötung auf einen geeigneten Zeitpunkt zu verschieben. Der Anschluß selbst könne ja nur mit Zustimmung des Völkerverbundes erfolgen. Diese Äußerungen des Reichskanzlers waren durchaus inoffiziell und selbstverständlich vertraulicher Natur. Trotzdem wurden die Äußerungen des Reichskanzlers in einer Form veröffentlicht, die den Absichten Dr. Bismarcks in keiner Weise entspricht.

Späte Erkenntnis.

In einem bemerkenswerten, in den „Wirtschaftlichen Nachrichten“ aus dem Ruhrbezirk veröffentlichten Aufsatz fordert der deutschvolksparteiliche Reichstagsabgeordnete Geheimrat Quack die „wichtige Umstellung des bisherigen Gedankenganges in Steuer- und Wirtschaftsfragen“, eines Gedankenganges, der sich selbst am besten durch das Schlagwort „Konsumentspolitik“ kennzeichnet. Statt der bisherigen Politik der Stärkung des Verbrauchervermögens müsse künftig in Deutschland alles geschehen, um den Verbrauchervermögen, den ungehemmten Trieb des Egoismus, einzudämmen und den Produktionswillen, den Willen zur Güterzeugung zu stärken. Daraus folge die Notwendigkeit grundlegender Reform, einer Umkehrung unseres ganzen Steuerwesens, denn das bisherige sei eine Prämie auf hemmungslosen Verbrauch, auf Steuerflucht in jeder Art. Die Umgestaltung müsse derart erfolgen, daß der, der viel verbraucht, schwer gestraft, dagegen die Erzielung wirtschaftlicher Ersparnisse aufs nachhaltigste gefördert werde. In Konsequenz dieser Forderung schlägt Geheimrat Quack eine Sondersteuer auf den über einen gewissen Monatsverbrauch hinausgehenden Mehrverbrauch vor, die nichts anderes ist als eine Neuaufgabe jenes Ergränzungssteuererwerbs, der den Schlüsselstein in dem finanziellen Reformwerk der Nationalverarmung bilden sollte, der dann aber an dem Widerstande der Herrn Quack politisch am nächsten stehenden Kreise scheitert ist.

Herrn Geheimrat Quack's Vorschlag geht dahin, einen nach der Einkommenshöhe gestaffelten „Darfverbrauch“ festzusetzen. Dieser Darfverbrauch, das heißt das je nach der Einkommenshöhe verschiedene Existenzminimum, wird mit einem mäßigen Einkommenssteuersatz erfüllt, der (je nach der Höhe des Einkommens) auf keinen Fall höher als 4 bis 8 v. H. sein darf. Wer dagegen über den Darfverbrauch hinausgeht, hat den Mehrverbrauch mit hohen gestaffelten und progressiven Sätzen zu versteuern. Mit anderen Worten, der Darfverbrauch

Landestheater.

„Des Meeres und der Liebe Wellen.“

Die Neuenstudierung eines klassischen oder auch klassizistischen Werkes an unserer Bühne weckt immer wieder von neuem die Hoffnung, es möge unsern Schauspielern gelingen, eine zeitgemäße Ausdrucksform für die Dramengattung zu schaffen. Wir hatten im Verlaufe der letzten Jahre einzelne Versuche, die zu dieser Hoffnung berechtigten. Sie waren noch nicht die Erfüllung und konnten sie nicht sein. Die Bühnenkunst erlebt, genau wie die andere Künste, ihre Revolution. Wenn diese Umwälzung ihren Abschluß finden wird, oder wann sich klare Erkenntnisse aus der Kunst der Anschauungen herausheben werden, läßt sich nicht sagen. Jedenfalls, das Gefühl, festen Boden unter den Füßen zu haben, will sich noch nicht einstellen. Die Bewegung ist noch im Gange und fließend, daher noch nichts Stabiles, oder Dauerhaftes. Was man heute als das große Ereignis, als der Bühnenkunst letzte Weisheit ausposaunt, wird morgen schon wieder verächtlich bei Seite geschoben. Experimente folgen auf Experimente, offenbar weil eine klare Zielsetzung noch nicht möglich ist, weil veraltete Vorurteile mißgeschlept werden, weil die Einheit des Stiles mangelt, weil der ganze Apparat zu kompliziert — vielleicht weil die große Persönlichkeit fehlt, die aus dem Erlebnis der Zeit unter Überwindung aller Hemmungen die neue Bühnenkunst aus sich herausgestaltet und alle Elemente unter ihren Willen bringt. Und doch sind diese divergierenden Versuche nicht ohne Bedeutung, haben sie auch noch keine Lösung aller Probleme ermöglicht. Sie erschließen doch immerhin neue Wege, sie rütteln aus der Gleichgültigkeit auf, sie zwingen zu tieferer Betrachtung des Kunstwerks, dessen Verlebendigung auf der Bühne man irgendwie mit dem neuen Zeitgefühl in Einklang zu bringen versucht. Das Ringen mit dem Problem ist der erste Schritt zur Lösung.

Jede künstlerisch geleitete Bühne hat die Pflicht, an der Förderung dieser Aufgabe nach Kräften mitzuwirken. Man darf nicht alles auf allein von Berlin erwarten. Die Geschichte der Bühnenkunst lehrt, daß gerade kleinere Theater oft epochenmachend wirkten durch die skizzenhafte Einheit ihrer Aufführungen. Wie gesagt, auch das Karlsruher Schauspiel hat mit einigen Neuenstudierungen schon den Beweis erbracht, daß ihm an der Neugestaltung des klassischen Dramas aus dem Geiste der Zeit etwas gelegen ist. Aus dem Besen, was die Herren Roemcke, Fuchs und Baumhach seit der Re-

volution an Klassikern neu herausbrachten, schöpft man die Hoffnung, daß unser klassisches Schauspiel im Laufe der Jahre doch wenigstens eine allmähliche innere Regeneration erleben würde. Man durfte hoffen, das klassische Schauspiel allmählich einer geschlossenen Einheit des Stils in Spiel, Wort und Szene entgegengeführt zu sehen, einer Einheit, die wenigstens die schlimmsten Fehler und Widersprüche vermeidet. Die sogenannte „Neuenstudierung“ von Grillparzer's „Krauerpiel „Des Meeres und der Liebe Wellen“ am Samstag beriet leider nicht den Erfolg, an die vorhandenen Ansätze anzuknüpfen. In hiesiger Hinsicht bot die Aufführung das Bild einer lächerlichen Verquidung aller möglichen Eitel. Dem Spielleiter mußte doch klar sein, daß der Grundcharakter des Stückes von der Szene zunächst nichts anderes forderte als Einfachheit. Große, einfache, klare Linien mußten aus dem Bühnenbild den Ernst und die Feierlichkeit der Stimmung aufsteigen lassen, von der die ganze Tragödie beherrscht wird. Eine großzügige Stillierung des Bühnenbildes hätte am sichersten zu diesem Ziele geführt. Aber nichts davon, keine Einheitlichkeit, keine innere Geschlossenheit und Klarheit. Stablos hatte man sich an eine farblose Szablonen geklammert und stellte die abgemachten Bilder vor die Augen der Zuschauer, Bilder, die ihnen den Gesinnung am klassischen Drama für immer verderben konnten. Warum nicht für die ganze Aufführung die Schlichtheit der Aufmachung, zu der man für die Schlussszene den Mut gefunden hatte, weshalb all diese fitzigen, halb-illusionistischen Verfassründe, die dem Wilde alle Würde und Wahrheit rauben? Hier hatte man sich gründlich verhalten. Und wenn sich der Spielleiter mit dieser Aufmachung begnügt, wenn er glaubt, der Grillparzerischen Tragödie das Gewand gegeben zu haben, das ihr nach dem geistigen und stimmungsmäßigen Gehalt zutun, dann müßten die mitverantwortlichen Organe, vor allem die Intendanten, ihr Veto einlegen im Interesse des Ansehens unseres Schauspiels. So oder so, auf eine einheitliche Linie mußte die Inszenierung gebracht werden. Die Materie läßt sich bändigen.

Schwieriger ist es, die Einheitlichkeit der schauspielerischen Leitungen zu schaffen. Hier hat man es mit künstlerischen Individualitäten zu tun, die sich nicht immer gern leiten und formen lassen. Der Künstler muß daher zu der Auffassung erzo-gen werden, daß die Einheitlichkeit des Ensembles für die Wirkung des Dramas wichtiger ist als die Bewirtlichung der eigenen Kunstausfassung. Sie mag gut sein, aber sie paßt vielleicht nicht in das vorhandene Material hinein. Daher Erziehung zur Disziplin in allen Kunstfragen. Viel händer für die Aufrechterhaltung der Darstellung der F-Id-

ab. Fr. Kreuznach spielte hier zum erstenmal die Hero. Ihre Leistung atmete hohen Ernst, Würde, Größe. Sie wuchs von innen heraus. Das ganze, liebliche Geschöpf, das am Altar beim Feste ihr Gelübde spricht, und das schmerz-durchdrübte Weib, das an der Waise ihre Klage um den Geliebten antwortet, diese beiden Entwicklungsphasen gaben den Maßstab der feinsten Vertiefung. Das allmähliche Aufblühen der Liebe und das allmähliche Herantreten zum Weibe, diese Hand in Hand gehenden Seelenerebnisse zu veranschaulichen, gelang der Künstlerin ausgezeichnet. Während sie über trotz aller Stärke und Tiefe der Gefühle immer eine schöne Ruhe und Würde wahrte, die Priesterin in sich nie ganz vergaß, war der Leander Herr N. G. ers ganz Hero, überströmende Leidenschaft, siebende Sehnsucht. Wer trifft die Liebe wie ein Blitzstrahl. Der melancholische, müde, wortarme Jüngling wurde durch eine n. W. in stürmischen Liebeswerben aufgewühlt. Dieser elementare Umstimmung wurde von ihm padend, glutholl, hinreißend gestaltet. Trotz der eingangs erwähnten Mängel wurde durch das Zusammenspiel der beiden Künstler ein großer Teil der sprachlichen und feinsten Schönheiten der Dichtung verbunden. Ihnen ist es zu danken, wenn die Aufführung wenigstens nicht ganz stimmunglos verlief. Einbrudswoll gestaltete Herr Baumhach den Oberpriester. Herr Bismarck in der Rolle des Raufknechts erwies sich als Fehlbefehung, Herr Schneider als Dürer des Tempels war in der Waise verfehlt. Der Wend bleibt in seiner Gesamtheit leider nur als Enttäuschung haften. Hugo Koller.

Badische Kunsthalle. Man schreibt uns: Neuerdings wird gelegentlich schriftlich oder mündlich der Name des Instituts in der Öffentlichkeit erörtert und der neuen Zeit in gewissem Sinne eine abschließende Anberung des Namens unterworfen. Um Verdächtigungen und Mißverständnissen dieser Art aus dem Wege zu räumen, sei ausdrücklich darauf hingewiesen, daß die Sammlungen seit Errichtung des höchsten Gebäudes den Namen „Kunsthalle“ tragen. Schon der erste Katalog erschien im Jahre 1847 unter dem Titel „Die neue Kunsthalle zu Karlsruhe“. Der Name entspricht auch durch aus dem Inhalt des Gebäudes, das nicht nur die Gemäldesammlung beherbergt, sondern auch das Kupferstichkabinett, die Gipsabgüsse und sonstige plastische Kunstwerke. Alle Auf-lagen des „Kataloges der Gemäldegalerie“ als eines Bestand-teils des Ganzen tragen den Oberitel „Großherz. Kunsthalle zu Karlsruhe“, dem die heutige Bezeichnung „Badische Kunsthalle“ voll und ganz entspricht. Sie umschließt den Charakter des Institutes traditionell und sachlich zutreffend.

... das Existenzminimum, die notwendigen Ausgaben, dar-
stellen. Der Mehrverbrauch wird als Luxus behandelt und
besteuert. Damit scheint mir die Notwendigkeit und die Mög-
lichkeit der verschiedenen Arten von Luxussteuern zu entfallen,
die ja stets nur Symptome fassen, leicht zu umgehen sind und
geringe Erträge erzielen. Von einer hohen Umgestaltung
unseres Steuersystems ist zu erhoffen, daß an Stelle ziel-
losen Verbrauchs selbstständig eine zielbewußte Sparpolitik in
jedem Wirtschaftszweig entwickelt. Selbstverständlich darf man
den Vermögenszuwachs als solchen nicht besteuern, sondern
lediglich das Vermögen in seinem Ertrage belasten. Es darf
keinerlei Steuerlast auf den Spartrieb drücken. Was wird
die Folge sein? Während weite Kreise bisher ihre Ersparnisse,
ihren Vermögenszuwachs zu verstecken suchten würde künftig
eine Prämie darauf stehen, seine Ersparnisse lüdenlos nach-
zuweisen. Die Luxusausgaben würden zurückgedrängt zugun-
sten der Anlage der Ersparnisse in einträglichen Kapazitäten,
Unternehmungen und dergleichen."

Kurze polit. Nachrichten.

Freisprechung des U-Bootkommandanten Neumann. In dem Prozeß gegen den früheren U-Bootkommandanten Karl Neumann vor dem Reichsgericht beantragte der Ober-
reichsanwalt, den Angeklagten freizusprechen und die Kosten
des Verfahrens auf die Staatskasse zu übernehmen. Der An-
geklagte wird daraufhin freigesprochen.

In der Begründung des Urteils in dem Prozeß gegen den
Kapitän Neumann heißt es u. a.: Die Tat ist als im Inland
geschehen anzusehen und nach deutschem Strafrecht zu beur-
teilen. Wasgehend ist, ob der Angeklagte in den Grenzen
des ihm erteilten Befehls gehandelt hat. In dem Recht sämt-
licher Kulturstaaten ist dies anerkannt. Das deutsche Gesetz
ist in dieser Hinsicht strenger als andere Strafgesetze. Ir-
gend eine Grausamkeit, wie es in den Anschuldigungen der Allier-
ten heißt, ist nicht erwiesen.

Der Streit um den dritten Bismarck-Band. In der Kla-
ge des Verlags Cotta gegen den ehemaligen Kaiser wegen
Aufhebung seines Einpruchs gegen die Herausgabe des dritten
Bandes von Bismarcks „Gedanken und Erinnerungen“ ist am
Samstag vom 10. Juli Senat des Berliner Kammergerichts die
Entscheidung gefällt worden. Das Urteil lautete:

Auf die Berufung der Klägerin (Verlag Cotta) wird das
Urteil der 4. Zivilkammer vom 3. Dezember 1920 dahin ab-
geändert: Es wird verfügt, daß die Klägerin berechtigt ist, die
Briefe des Beklagten an den Fürsten Bismarck vom 14. Juli
1889 und die Briefe des Kronprinzen Friedrich Wilhelm, des
späteren Kaisers Friedrich III., an den Fürsten Bismarck vom
17. August 1881 und 21. September 1886 als Bestandteil des
Werkes zu veröffentlichen und gewerksmäßig zu verbreiten.
Die weitere Berufung wird zurückgewiesen. Die Kosten wer-
den unter den Parteien gegenseitig aufgewogen. Im übrigen
bleibt das Verbot bestehen. Bei den freigegebenen Briefen
handelt es sich um den zweiten Stadmissionsbrief des früheren
Kaisers Wilhelm, dann um den Brief des Kaisers Friedrich,
mit dem der Band beginnt, und um den Brief des Kaisers
Friedrich, der sich mit der Erhebung Badens zum Königreich
beschäftigt.

Beabsichtigte Erhöhung des Brotpreises. Im Reichsausschuß
für Volkswirtschaft erklärte Reichsminister für Ernährung,
Erasmus, in der Debatte über die Neuordnung der Brotver-
sorgung u. a., er sehe das Umlageverfahren als einen durchaus
nützlichen Nothelfer an. Ein weiterer gleichmäßiger Anbau
der Zwangswirtschaft müsse angestrebt werden. Der Brot-
preis stehe nicht im Zusammenhang mit dem Umlageverfahren,
doch sei mit einer Erhöhung des Brotpreises zu rechnen, weil
der Abbau der Zwangswirtschaft unumgänglich sei. Demnach
werde eine Kabinetsbesetzung diese Frage behandeln.

Die Volksozialisierung der Kohlenbergwerke. Auf der Ge-
neralversammlung in Gießen hielt Gué ein Referat, in dem
er die Verschleppung der Sozialisierung als eine dreifache Pro-
pagation der Bergleute bezeichnete. Die Generalversammlung
bekannte sich einmütig zur Volksozialisierung. Der Bergar-
beiterverband ersuchte die Regierung, dem Reichstag einen
Gesetzentwurf vorzulegen, durch den dem Privatkapital die
Verfügung über die Kohlenberge entzogen würde.

In Oberschlesien kommt es noch immer zu schweren,
von der französischen Behörde geduldeten Ausschreitungen
der polnischen Aufständigen. Die Bergung der Ernte ist in
vielen Gebieten unmöglich geworden.

Der Völkerverbund. Wasas meldet: Eine Depesche aus
London an die Zeitungen meldet, daß im Laufe des Samstags
eine Sitzung des Rates des Völkerverbundes stattgefunden
habe, in der mit großer Stimmeneinheit ein Antrag an-
genommen worden sei, nach dem Deutschland bei der nächsten
Sitzung des Völkerverbundes in diesen ausgenommen werden
würde.

Badische Übersicht.

Aus dem Schuldienst.

Die nach Maßgabe der Verordnungen des Ministeriums des
Inneren vom 5. August 1907 und vom 4. Dezember 1913 ab-
zuhaltende Gewerbelehreprüfung — Hauptprüfung — wird
am Freitag den 15. Juli 1921 im Staatsgedächtnis und die
nach Maßgabe der Bekanntmachung des Ministeriums des
Inneren und Unterrichts vom 31. Oktober 1920 abzuhaltende
außerordentliche Gewerbelehreprüfung am Samstag den 23.
Juli 1921 im Gebäude der Gewerbeschule Karlsruhe begun-
nen.

Am 13., 14. und 15. Juni findet in Karlsruhe im Stände-
haus ein Lehrgang für weibliche Jugendpflege statt, der ge-
meinschaftlich vom Verband der katholischen Jungfrauenver-
eine, dem katholischen Frauenbund und dem Verein badischer
katholischer Lehrerinnen veranstaltet wird. Ein ähnlicher eben-
falls dreitägiger Kurs wird am 20., 21. und 22. Juni d. J.
in Mannheim in den Räumen des katholischen Gesellenhauses
K 1, 17 abgehalten.

Lehrerinnen, die an einem der beiden Lehrgänge teilneh-
men wollen, können den erforderlichen Urlaub erhalten, soweit
dies mit Rücksicht auf den Unterrichtsverlauf zulässig erscheint.

Guttatweise Gewährung von Weihilfen durch die Gebäudeversicherungsanstalten.

PA. Der Verwaltungsrat der Gebäudeversicherungsanstalt
hat im Hinblick auf die steigenden Baupreise mit Genehmi-
gung des Ministeriums des Inneren in der Sitzung vom 15. und
16. April 1921 beschlossen, daß die Gebäudeversicherungsanstalt
den in den Jahren 1914 bis einschließlich 1919 durch Brand, Ex-
plosion oder Blitzschlag zu Schaden gekommenen Gebäudeeigen-
tümern, die ihre gerichtlich oder beschiedenen Anwesen erst nach
dem 1. Januar 1920 wieder aufbauen oder herstellen, außer
der gesetzlich zu leistenden Entschädigung und dem gesetzlichen
Zuschlag mit 100 v. H. guttatweise Weihilfen ge-
währen.

Die Weihilfen werden so bemessen, daß die in Betracht kom-
menden Brandgeschädigten im ganzen 80 Prozent des Betrags
erhalten, den sie bekommen würden, wenn ihre Gebäude nach
dem 1. Januar 1920 abgebrannt wären und somit unter die
Bestimmungen des Gesetzes vom 4. August 1920 über die Ab-
änderung des Gebäudeversicherungsgesetzes fallen würden, höch-
stens aber die Kosten der Wiederherstellung des zerstörten
oder beschädigten Gebäudes in den Stand unmittelbar vor dem
Brande.

Mit der gesetzlichen und freiwilligen Entschädigung zusammen
wird es den Brandgeschädigten möglich sein, bei sparsamer
Baupreise in weitaus den meisten Fällen wieder aufzubauen,
ohne in wirtschaftliche Schwierigkeiten zu geraten. Eine
Gleichstellung dieser Brandgeschädigten mit denen, deren
Gebäude nach dem 1. Januar 1920 durch Brand zerstört oder
beschädigt worden sind, war im Hinblick auf die großen Mittel,
die hierzu erforderlich gewesen wären, nicht möglich. Die Ge-
währung der beschlossenen Weihilfe erfordert bereits einen durch
Umlage aufzubringenden Betrag von rund 44 000 000 M. Nä-
here Auskünfte erteilen die Bezirksämter und Bürgermeister.

Die päpstliche Vermittlungsaktion.

DZ. Der frühere Finanzminister Erzberger sandte als Ent-
gegnung auf das untern Lefern bekannte kirchliche Schreiben
Fehrenbachs der Freiburger Tagespost eine Gegenerklärung,
worin er ausdrücklich feststellt, daß er in keiner Weise jemals
gegen Fehrenbach Stellung genommen habe, wohl aber ganz
entschieden gegen den früheren Minister Simons, der nach
der Reichsverfassung für die Führung der Geschäfte in seinem
Reisort verantwortlich ist. In der Wiederherstellung der
Gegenseitigkeit steht Erzberger er geht selbst auf die
Geschichte der päpstlichen Vermittlungsaktion ein, das In-
terview Simons in Bern am 10. April, das für alle Welt eben-
so „Aberkennung der Indiskretion“ bedeutet habe, bezeichnet
er als ganz unverständlich. Inwiefern wendet sich Erzberger
gegen Fehrenbach, als dieser Erzbergers Namen im „Aufsum-
menbuch“ mit den angeblichen Indiskretionen der „Germania“
gebracht habe. Auch die Behauptung Fehrenbachs im Reichs-
auschuß der Zentrumspartei im Mai 1920 über Erzbergers
angebliche Kenntnis der Juni-Unterredung 1917, zwischen Beth-
mann Hollweg und dem Nuntius Ruffini weist Erzberger er
zurück. Die Politik vom Januar bis Mitte Mai 1921 kann
Erzberger nicht zugestehen. Er habe öffentlich und privat
dringend eine andere Politik empfohlen, die uns nie in die
Sackgasse des Ultimatums geführt hätte.

Kurze Nachrichten aus Baden.

* Nr. 31 des Badischen Gesetz- und Verordnungsblattes hat
folgenden Inhalt: Gesetz über die Besteuerung des Viegen-
schafens- und Betriebsvermögens in den Rechnungsjahren 1920
und 1921.

Der Bad. Landesverband für Säuglinge und Kleinkinderfür-
sorge hielt vorgestern hier seine Landesversammlung ab, in
dem großen Ausschuß sind 80 badische Organisationen ver-
treten. Beratungsstellen sind bis jetzt in 143 Gemeinden ein-
gerichtet. Zur Aufnahme von Säuglingen und Kleinkindern
sind in Baden 24 Anstalten und 42 Krippen zur Verfügung,
im ganzen 774 Einrichtungen, die den Zielen des Verbandes
dienen. 19 500 M. Unterstützung wurden gewährt. Die Ge-
samtkosten für den Umbau des Großen Viktoriapensionats zur
Landesanstalt für Säuglinge und für seine Einrichtung stel-
len sich auf 756 000 M.

DZ. Landesversammlung der Techn. Rathilfe. Der Landes-
verband Württemberg-Baden der technischen Rathilfe hielt
in Stuttgart seine Landesversammlung ab, bei der der Ge-
schäftsleiter von Stadtmayer die Vertreter der Behörden, der Re-
gierung und der Reichswehr begrüßte und darauf hinwies,
daß beim Generalstreik im Vorjahre die Techn. Rathilfe in
42 Betrieben mit 850 Rathilfern eingegriffen habe. Die Techn.
Rathilfe in Württemberg-Baden habe 150 Ortsgruppen mit
30 000 Mitgliedern und stehe damit an der Spitze der Reichs-
organisation, die rund eine Viertelmillion zählt.

* Heftige Gewitter haben am Samstag verschiedene Gegen-
den Badens heimgesucht. Auch in Karlsruhe und Umgebung
kam es zu Hagelsturz. Aus dem Frankenthal werden er-
hebliche Ernteschäden gemeldet, doch darf man wohl hoffen,
daß die ersten Mitteilungen, wie gewöhnlich in solchen Fällen,
sich nicht in vollem Umfang bewahrheiten werden.

DZ. Raftatt, 1. Juni. Wie die Raftatter Zeitung berichtet,
konnte letzten eine Diebstahl- und Einbruchsgeschichte, die schon
seit längerer Zeit die Gegend von Gaggenau und Gernsbach
und namentlich die Benzwerle heimsuchte, zum Teil aufgehoben
werden. Als Haupttäter wurde der im Benzwerle beschäftigte
und in Ottenau wohnende Arbeiter Franz festgenommen, in
dessen elterlicher Wohnung Dreibrünnen, viele Schmied-
sachen usw. vorgefunden wurden. Bei der Überführung in das
Amtsgefängnis in Gernsbach gelang es ihm, zu entfliehen.
Doch konnte er am nächsten Tage wieder festgenommen wer-
den. Als Mittäter kommen einige bei den Benzwerlen beschäf-
tigte Jugendliche in Betracht, die ebenfalls festgenommen wur-
den.

A. Emmendingen, 31. Mai. Die vergangenen Winter von
Herrn Kreisrichter G. u. b. er, hier, in rastloser Arbeit unter-
nommen, mit viel praktischem Geschick durchgeführten und
von schönstem Erfolg gekröntem Volkshochschulkurs
haben in den letzten Wochen eine äußerst zweckmäßige Ergän-
zung erfahren, indem unter sachkundiger Führung in der Um-
gegend von Emmendingen befindliche, zerstörte Burgen besichtigt
wurden und noch weitere Ausflüge zum Verständnis der geo-
logischen Verhältnisse unserer Gegend, sowie Besuche von Pa-
pieren u. dgl. in Aussicht gestellt sind. Durch diese Unterneh-
mungen sollen vor allem die in den Vorträgen durch Wort
und Bild gewonnenen Kenntnisse ergänzt und erweitert wer-
den. Die Kurse selbst werden im Monat September wieder
aufgenommen, und die Zahl der für die lehrreiche Einrichtung
dankbaren Zuhörer wird sicherlich noch viel stärker werden, als
im ersten Jahr ihres Bestehens.

Aus der Landeshauptstadt.

* Die Förderung des Wohnungsbau. Der Stadtrat hat,
wie schon mitgeteilt, beschlossen, zur weiteren Förderung des
Wohnungsbau im Jahre 1921 einschließlich der vom Reich
und Land zu erwartenden Weihilfen Mittel im Betrage von 20
Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Mit dieser Summe
sollen 191 Wohnungen abgebaut werden. Es wurde die
fortwährende Inangriffnahme eines ersten Bauabschnittes beschlos-
sen und der Erhebung einer besonderen Abgabe, der sogen.
Wohnabgabe, grundsätzlich zugestimmt. Aber zwei Punkte
herrschten im Bürgerausschuß vollkommene Einmütigkeit. 1. Nur
durch Wohnungsbauten großen Stils kann der Wohnungsnot
wirklich und auf die Dauer begegnet werden. 2. Die Kosten
der Wohnungen müssen aus diesen selbst gedeckt werden, die
Übersteuerungskosten der neuen Wohnungen sind von den alten

und neuen Wohnungen gemeinsam zu tragen. Der Rohbau
des früheren Bauabschnittes ist inzwischen fertiggestellt. 138
Wohnungsneubauten des Jahres 1920 und 54 neu erstellte
Wohnungen des zweiten Bauabschnittes sind bezogen. 200 Not-
wohnungen in Privathäusern wurden neu abgeteilt, weitere
200 Wohnungen werden durch Ausbau von Kasernen gewon-
nen. Eine nennenswerte Entspannung der durch die Woh-
nungsnot herbeigeführten Lage ist aber noch nicht zu be-
achten. Die große Zahl der Beschließungen der vergangenen
zwei Jahre zeigt erst jetzt ihre volle Wirkung. Die Kosten des
auf Wohnungsbeschaffung gerichteten unproduktiven Verwal-
tungsaufwandes der städtischen und staatlichen Stellen in
Karlsruhe müssen auf 2 Millionen Mark im Jahre beziffert
werden. Eine Besserung der unheilvollen Zustände ist nur
denkbar durch Schaffung neuer Wohnungen in so großer Zahl,
daß wieder ein Wohnungsmarkt entsteht. (Diese Tatsachen
beweisen gewiß die Berechtigung des inzwischen auch vom
Bürgerausschuß gutgeheißenen städtischen Beschlusses, zu-
gleich aber auch die absolute Notwendigkeit der Aufrechterhaltung
und der sorgfältigen Anwendung der Mietrechtsbestim-
mungen.)

Die Galerie Mass (Kaiserstraße 187) zeigt in der soeben
eröffneten Juni-Ausstellung Gemälde von Alexander Solben-
hoff-Frankfurt, Prof. Friedr. Fehr, Martin Böhm, Julius
Gerhardt, Gustav Kullrich, Karl Kacraig, Walter Lillie. —
Neue Graphik ist ausgestellt von Otto Goebel-Berlin und Her-
mann Kupferschmid-Karlsruhe, ferner Zeichnungen von Wil-
fried Otto zu Ostojewski's Roman „Mastolintoff“.

Vom Karlsruher Schützenfest. Mit dem gestrigen Tage
hat die 200-Jahrfeier der Karlsruher Schützengesellschaft,
mit der auch der badische Landesfesttag verbunden war,
ihre Ende gefunden. Ein Bankett im Schützenhaus, an dem
außer den zahlreichen Schützen Vertreter der staatlichen und
städtischen Behörden teilnahmen, und in dessen Mittelpunkt
die Preisverteilung stand, schloß die Feier.

Verchiedenes.

Die Hüllensmaschine als Geburtstagsgeschenk. Ein verheer-
licher Anschlag auf ein junges Mädchen ist letzter Tage in
Seefeld bei Berlin verübt worden. Dort wohnt der Mini-
sterialbeamte Köstke mit seiner Frau, einem Sohn und seiner
16jährigen Tochter. Diese erhielt am Tage nach ihrem Ge-
burtstag ein Paket, das in Berlin auf dem Postamt 40 auf-
gegeben worden war. Das Paket erweckte ihren Verdacht,
da sie ein Surren in ihm vernahm, das sich beim Öffnen des
Deckels einstellen sollte. Die Untersuchung des vermeintlichen Ge-
burtstagsgeschenkes ergab dann, daß es sich in Wirklichkeit
um eine Hüllensmaschine handelte, die dem jungen Mädchen
das Leben gekostet hätte, wenn nicht ein kleiner Materialfehler
den Plan des Abenders vereitelt hätte. Die Ermittlungen
führten bereits zu wichtigen Feststellungen. So ist auch be-
reits festgestellt, daß zwei Probenelemente, die zu der Hüllens-
maschine gehörten, am 14. Mai in einem Geschäft in Neuruppin
gelaufen wurden. Was den Abender der Hüllensmaschine zu
seinem teuflischen Anschlag bewegen haben kann, ist noch ganz
ungeklärt.

* Eine Künstlertragödie. Der Wiener Schauspieler Harry
Walden, der in letzter Zeit in Berlin gastierte, wurde am
Samstag mittag mit seiner Frau und ihrem Sohn aus
erster Ehe mit durchschneidender Kulsader in seiner Wohnung
aufgefunden. Harry Walden und sein Stiefsohn sind im
Laufe der Nachmittagstunden gestorben. Der Zustand
seiner Frau ist gleichfalls noch sehr ernst. Als Grund für
die Tat wird von den Freunden des Künstlers angegeben,
daß dieser seit langem an seelischen Depressionen gelitten
habe und wie auch seine Frau und sein Stiefsohn morphium-
süchtig gewesen sei.

Staatsanzeiger.

Das Staatsministerium hat untern 4. Mai d. J. beschlos-
sen, den Handelslehrerandidaten Karl Müller an der Han-
delschule in Pforzheim mit Wirkung vom Tage des Dien-
sbeginns zum Handelslehrer an der Handelsschule in Donau-
eschingen zu ernennen.

Das Staatsministerium hat untern 4. Mai d. J. beschlos-
sen, den Gewerbelehrer Friedrich Letzer an der Gewerbeschule
in Mannheim in gleicher Eigenschaft an die Gewerbeschule
in Baden-Baden zu versetzen.

Das Staatsministerium hat untern 4. Mai d. J. beschlos-
sen, den bis zur Wiederherstellung seiner Gesundheit zurübe-
gekehrten Gewerbelehrer Adam Schuermann in den staat-
lichen Dienst wieder aufzunehmen und ihm — mit Wirkung
vom 1. Januar d. J. — die planmäßige Stelle eines Gewerbe-
lehrers an der Gewerbeschule in Heidelberg zu übertragen.

Das Staatsministerium hat untern 21. Mai d. J. beschlos-
sen, den ordentlichen Honorarprofessor an der Technischen
Hochschule Karlsruhe Christoph Eberle, seinem Ansuchen ent-
sprechend am 1. Oktober d. J. aus dem badischen Staatsdienste
zu entlassen.

Das Staatsministerium hat untern 21. Mai d. J. beschlos-
sen, den Lehramtspraktikanten Karl Gruber an Lehrerseminar
I in Karlsruhe zum Professor an der Pflanzenschule in
Mannheim zu ernennen.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 21. Mai
d. J. den Amtmann Paul Straß in Karlsruhe zum Oberamts-
mann in Schwetzingen ernannt.

Das Staatsministerium hat mit Entschliebung vom 21. Mai
d. J. den Amtmann Dr. Karl Gähner in Karlsruhe zum Re-
gierungsrat im Ministerium des Inneren ernannt.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die
Pfarrei Buchenbach, Dekanats Breisach, ernannte Pfarrei-
mann Heider, bisher Pfarrei in Oppenau, wurde am 24. April
d. J. kirchlich eingeweiht.

Der von Seiner Erzellenz dem Herrn Erzbischof auf die
Pfarrei Allmannsdorf, Dekanats Konstanz, ernannte Pfarrei-
mann Wintermantel, seither Pfarrei in Oppenau, wurde am
16. Mai d. J. kirchlich eingeweiht.

Die Eisenbahn-Generaldirektion hat den Oberstationskon-
trollen Jakob Schwallier in Bensbach nach Mannheim, die
Oberleitungssekretäre Albert Kaiser in Breisach nach Göt-
tingen, Ludwig Gey in Pforzheim nach Karlsruhe, die
Eisenbahnsekretäre Alfred Kull in Karlsruhe nach Freiburg
und Ernst Penne in Niesel nach Breisach versetzt.

Die Bezirksarztsstelle in Staufen bezir.

Die Bezirksarztsstelle in Staufen ist zur Erledigung gekom-
men. Bewerbungen wollen binnen 8 Tagen hierher eingereicht
werden.

Karlsruhe, den 1. Juni 1921.

Ministerium des Inneren.

Der Ministerialdirektor:

Arnold.

Sofmann

